

criminalité. En revanche, des régimes autoritaires utilisent la peine de mort comme une arme politique afin de réprimer l'opposition, la société civile et les défenseurs des droits humains.

En outre, suite au vote de la Chambre basse des Philippines, Karapatan a souligné que la loi en faveur de la réintroduction de la peine de mort renforcera des politiques répressives de l'état et affectera surtout les plus pauvres étant donné que le système judiciaire en place a plutôt tendance à acquitter les riches et à condamner les pauvres⁵.

Le respect des droits humains et le développement

Le non-respect des droits humains pourrait constituer un véritable frein à la réalisation des politiques de développement durable aux Philippines. L'Organisation des Nations Unies (ONU) a affirmé à plusieurs reprises que le

respect de l'état de droit et des droits humains et le développement sont fortement interdépendants⁶. Le rôle de l'état de droit comme un facteur de développement durable a été également mis en avant dans les nouveaux Objectifs de Développement Durable (ODD).

Par conséquent, l'ASTM a appelé les autorités luxembourgeoises à aborder la question des droits humains dans le cadre de leurs relations avec le gouvernement philippin. Afin de garantir le respect de l'état de droit, le gouvernement philippin devrait veiller à ce que : des enquêtes impartiales sur les exécutions extrajudiciaires soient menées et que les responsables de ces actes soient traduits en justice; ses engagements internationaux en matière de droits humains soient honorés, en rejetant notamment les nouveaux projets de loi visant à rétablir la peine de mort; les activistes et les défenseurs des droits humains puissent exercer librement

leurs droits à la liberté d'expression et d'association.

Références:

¹<https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/philippines>

² Selon les derniers chiffres, il s'agit de plus de 7000 personnes.

³<https://www.amnesty.org/fr/latest/news/2017/01/philippines-the-police-murderous-war-on-the-poor/>

⁴<http://karapatan.org/Rights+violations+will+continue+if+Oplan+Kapayapaan+is+Oplan+Bayanihan+2.0>

⁵<http://www.karapatan.org/Death+penalty+bill+nightmare+for+poor+and+victims>

⁶<https://www.un.org/ruleoflaw/fr/>

Antoniya Argirova, membre de l'ASTM

Fortgesetzt desolate Menschenrechtslage

Unter dem philippinischen Präsidenten Duterte werden immer mehr Erinnerungen an das vor reichlich 30 Jahren geschasste Marcos-Regime geweckt

Rainer Werning

Welch' ein turbulenter Februarausklang! Vor 31 Jahren – vom 22. bis zum 25. Februar 1986 – feierten die Filipinos in ausgelassener Fiestastimmung den Sturz des verhassten Marcos-Regimes. In jenen politisch bewegten wie bewegenden Tagen sorgte die sogenannte „People Power-Revolution“ national wie international für Schlagzeilen. Friedlich waren Hunderttausende auf die

ausladende Epifanio de los Santos Avenue (EDSA), die wichtigste Verkehrsader der Metropole Manila, geströmt, um gemeinsam mit meuternden Soldaten zu beten und zum Stillstand gebrachte Panzer mit Blumen zu umkränzen. Corazon C. Aquino, die Witwe des im August 1983 erschossenen Ex-Senators und Marcos-Rivalen Benigno „Ninoy“ Aquino, zog als gefeierte Demokratie-Ikone in den Präsidentenpalast zu Manila ein und regierte dort bis 1992.

Von national vereinter Euphorie im Gedenken an „People Power“ war

in diesem Jahr nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die Regierung spielte die EDSA-Ereignisse bewusst herunter, um stattdessen ihren „erfolgreichen Antidrogenkrieg“ (mit annähernd 8.000 Toten!) zu feiern, während Anhänger von Präsident Duterte (inklusive Marcos-Freunde) in Manilas Rizal-Park ihr Idol bejubelten und Duterte-Gegner entlang der EDSA in der Nähe des People Power Monument mobil machten und vor neuerlicher Despotie warnten. Und ausgerechnet in den Februartagen 2017 sorgten drei Ereignisse für Aufsehen,



Photo : Rainer Werning

Erde U.Olalia

die allesamt demonstrieren, wie gespalten das Land ist und wie virulent trotz „People Power“ noch immer die gesellschaftlichen Grundübel sind – grassierende Armut, Landlosigkeit, Korruption, politische Vetternwirtschaft und fragiler Frieden. Die Ramboisierung des philippinischen Justizsystems unter Marcos erlangte nach ihm eine Elastizität, die ungeschminkt den Interessen der Mächtigen und Reichen im Lande dient.

Erstens: Die Verhaftung von Senatorin Leila de Lima, eine der schärfsten Kritiker/innen des Präsidenten. Ihr wird u.a. vorgeworfen, als Justizministerin von 2010 bis 2016 inhaftierte Drogenbarone protegiert und mittels von ihnen erhaltener Schmiergelder ihren Wahlkampf im Frühjahr letzten Jahres finanziert zu haben. **Zweitens:** Nach Edgar Matobato im Herbst vergangenen Jahres hat nun mit Arturo Lascañas ein weiterer

pensionierter Polizist Präsident Duterte schwer belastet. Dieser, so Lascañas in Begleitung von drei prominenten Menschenrechtsanwälten der Free Legal Assistance Group (FLAG) auf einer Pressekonferenz am 20. Februar in Manila, soll in seiner Zeit als Bürgermeister von Davao City die städtische Todesschwadron (Davao Death Squad, DDS) direkt befehligt haben, auf deren Konto weit über 1.000 Morde gingen. Dem philippinischen Blog rapper.com sagte Lascañas, Duterte habe für einen Auftragsmord zwischen 20.000 und 100.000 Peso (ca. 400 beziehungsweise 2.000 Euro) gezahlt. Die DDS soll vor allem Drogendealer und -nutzer sowie Kleinkriminelle getötet haben. Wenngleich sich Duterte in der Vergangenheit damit gebrüstet hatte, in Davao selbst Menschen getötet zu haben, taten Regierungssprecher Lascañas' Ausführungen flugs mit der Bemerkung ab, der Präsident solle qua

Rufmord „zerstört“ werden. **Drittens:** Nach bislang drei recht erfolgreich verlaufenen Verhandlungsrunden mit dem linken Untergrundbündnis der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) vollzog der Präsident eine abrupte Kehrtwende, erklärte den Friedensprozess mit der NDFP plötzlich für beendet und drohte als Oberbefehlshaber der Streitkräfte den Linken erneut mit „totalem Krieg“⁴¹.

Linke (noch immer) in der Schusslinie und Olalias Vermächtnis

Rolando Olalia, von seinen zahlreichen Freunden in der philippinischen Arbeiterbewegung kurz und liebevoll „Ka Lando“ („Genosse Lando“) genannt, war Mitte der 1980er Jahre zum Vorsitzenden der militanten Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno (KMU – Bewegung Erster Mai) aufgestiegen. Wie zahlreiche andere sektorale Organisationen in dem südostasiatischen Inselstaat verfolgte auch die KMU das große Ziel, landesweit Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie zu erkämpfen.

Es entsprach einer bitteren Ironie der Geschichte, dass nach nur neunmonatiger Amtszeit Aquinos „Ka Lando“ und sein Fahrer Leonor Alay-ay die ersten prominenten linken Opfer der einen stets rechter steuernden Kurs der neuen Regierung wurden. Am 12. November 1986 hatten sich beide auf den Weg zu einem Arbeitstreffen gemacht. Einen Tag später fand man die grausam zugerichteten Leichen der beiden Männer am Stadtrand von Manila. Den Verantwortlichen dieser Mordtat, Angehörigen rechter Elemente in den Streitkräften unter Führung von Eduardo Kapunan, wurde kein Haar gekrümmt. Als das Verfahren gegen Kapunan Anfang Juni vergangenen Jahres eingestellt wurde, kommentierte dies der heutige Vorsitzende der KMU, Elmer „Bong“ Labog, mit den Worten:

„Dieser Irrsinn muss gestoppt werden. Wenn weiterhin die Drogenkriminalität so bekämpft wird wie bisher“, erklärte Olalia bereits Mitte Juli 2016 mit Blick auf den staatlich verordneten „Antidrogenkrieg“, „wird ein Frankenstein genährt, der uns noch lange verfolgen wird. Die Heilung wird dann schlimmer als die Krankheit sein.“

„Wir fühlen uns so, als seien unsere Genossen ein weiteres Mal hingerichtet worden.“

Edre U. Olalia, ein Neffe des ermordeten „Ka Lando“ war 23 Jahre alt, als sein Onkel und Leonor Alay-ay unter größter Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt wurden. Fünf Jahre später absolvierte er sein juristisches Staatsexamen und erwies sich als einer der brilliantesten Schüler von Romeo T. Capulong (das einstige Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs verstarb 77jährig im Jahre 2012), des Nestors und profiliertesten Vertreters philippinischer Menschenrechtsanwälte. Anstelle eines lukrativen Jobs im Big Business verschrieben sich Mentor und Schüler ganz der Sache ihrer ureigenen Klientel – u.a. unterdrückten Bauern, Arbeitern und Gewerkschaftern, Fischern, Indigenen und politischen Aktivisten.

Olalia ist gegenwärtig u.a. Präsident der National Union of Peoples' Lawyers (NUPL, Manila), Büromitglied der International Association of Democratic Lawyers (IADL, Paris) und Sekretär der Confederation of Lawyers in Asia-Pacific (COLAP, Tokio). Außerdem fungiert er als Rechtsberater der NDFP und von Karapatan (Allianz zur Förderung der Rechte des Volkes), für die er auf zig Hearings verschiedener UN-Organisationen als juristischer Sachverständiger auftrat. Im Jahre 2007 war Olalia zudem einer der Chefankläger in der Zweiten Philippinen-Sitzung

des Permanent Peoples' Tribunal im niederländischen Den Haag.

„Dieser Irrsinn muss gestoppt werden. Wenn weiterhin die Drogenkriminalität so bekämpft wird wie bisher“, erklärte Olalia bereits Mitte Juli 2016 mit Blick auf den staatlich verordneten „Antidrogenkrieg“, „wird ein Frankenstein genährt, der uns noch lange verfolgen wird. Die Heilung wird dann schlimmer als die Krankheit sein.“ In einem am 11. Februar in der Tageszeitung Philippine Daily Inquirer veröffentlichten Leserbrief warnte Olalia in seiner Kapazität als NUPL-Präsident und Rechtsberater der NDFP eindringlich davor, den wieder aufgenommenen Friedensdialog mit der NDFP nicht zu kappen. Angesichts der zahlreichen landesweit pressierenden und ungelösten sozialen Probleme bestünden mehr denn je gewichtige Gründe, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und entsprechend vereinbarte Sicherheits- und Immunitätsgarantien von NDFP-Beratern unbedingt zu respektieren. Militäristen in der Regierung dürfe es nicht gelingen, einen seit langem sehnlichst erwarteten Frieden aufs Spiel zu setzen, worunter dann spätere Generationen unter Zerstörungen sowie weiterer Verarmung und Ungerechtigkeit zu leiden hätten.

Die Verhaftung von Senatorin Leila de Lima wertet die NUPL unter Federführung Olalias in ihrem Statement vom 24. Februar als „schändlich heuchlerisch“. Die Behandlung de Limas

entspreche politischer Einschüchterung in einem Intra-Eliten-Showdown, zeuge von der Korrumpierung rechtlicher und juristischer Prozesse und selektiver Abstrafung. Gleichzeitig indes gelte es anzuerkennen, so das NUPL-Statement, dass zahlreiche der landesweit 402 politischen Gefangenen aus „weitaus nobleren Gründen“ hinter Gittern gesperrt und zu namenlosen Opfern degradiert wurden. Menschenrechte seien nun einmal nicht selektiv zu praktizieren.

¹Am 11. März 2017 gaben Vertreter der Regierung der Philippinen und der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass sie die Friedensverhandlungen Anfang April doch wieder aufnehmen würden

*Dr. Rainer Werning,
Politikwissenschaftler & Publizist,
befasst sich seit 1970 intensiv mit den
Philippinen. Er ist u.a. Koherausgeber
des mittlerweile in 5. Auflage im
Horlemann Verlag (D-Angermünde)
erschiedenen Handbuch Philippinen
und Philippinen-Dozent an der
Akademie für Internationale
Zusammenarbeit (AIZ) in Bad Honnef.*